Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 538 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 2,00, vierteljährlich Mk. 6.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Donnerstag, 30. Oktober

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 58 mm breite mm-Grundzeile 20 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele Halle-Saale

Eine Redeschlacht um die Reichswehr

Neueste Tagesnachrichten

* In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung hielt der deutschnationale Abgeordnete v. Graefe eine scharfe Abrechnung mit der Linken über die Zertrümmerung des Heeres.

* Das preußische Unterrichtsministerium hat die Schulgelder für die höheren Lehranstalten erhöht.

* Der Reichsminister für Wiederaufbau Dr. Geßler hat den Dienst übernommen.

* Bei einem Zusammenstoß in Neudietendorf zwischen einem Personen- und einem Güterzug wurden 3 Personen getötet, 20 verletzt.

* Bei den Schweizer Nationalwahlen haben die Sozialdemokraten zwar 19 Sitze gewonnen, zu 20 bisherigen, jedoch haben sich ihre Erwartungen auf 50 bis 60 Sitze nicht erfüllt.

* Unter den Freischaren d'Annunzios in Fiume sind Revolten ausgebrochen. Die meisten Soldaten verlangen, nach Italien zurückgeführt zu werden. D'Annunzio selbst ist schwer erkrankt und liegt in hohem Fieber.

Preußens Neueinteilung

Die Regelung der Konkursmasse.

Berlin, 29. Oktober.

Laut „Vorwärts" hat das preußische Staatsministerium folgender Neueinteilung der preußischen Provinzen zugestimmt, die nach der Ratifikation des Friedensvertrages in Kraft tritt. Das östlich der Weichsel gelegene bisherige Gebiet Westpreußens fällt an Ostpreußen. Zu Schlesien fällt der Kreis Fraustadt einschließlich einiger Gemeinden des Kreises Bomst. Zu Pommern fallen die Kreise Neustadt, Schlochau, Flatow, Deutsch-Krone, Filehne, Schneidemühl, Kolmar, Czarnikau (Reste der Ostmark). Zu Brandenburg fallen die Kreise Schwerin an der Warthe, Meseritz und Bomst (letzterer, soweit er nicht zu Schlesien gehört). Von Brandenburg losgelöst wird als besondere Provinz der ganze Bezirk des neuen Groß-Berlin, sobald dieser genau feststeht. Sachsen erhält den Kreis Ilfeld, bisher zu Hannover gehörig. Hannover erhält den Kreis Schaumburg und einige Gemeinden des Kreises Hofgeismar, bisher Hessen-Nassau. Die Provinz Hessen umfaßt das bisherige Gebiet des Verbandes Kassel unter Abtretung der obengenannten Teile an Hannover. Die Provinz Nassau umfaßt das bisherige Gebiet des Bezirksverbandes Wiesbaden, sowie das Gebiet des Kreises Wetzlar, das die Rheinprovinz abtritt. Zu Schleswig-Holstein tritt der Kreis Herzogtum Lauenburg.

Der Prozeß gegen den Kaiser

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Rotterdam, 29. Oktober.

Die „New-York Sun" meldet aus Washington, daß Holland beschlossen habe, Kaiser Wilhelm laut den Bestimmungen des Völkerbundes auszuliefern.

Natürlich ist die Meldung noch kein endgültiger Beschluß, denn die folgenden Nachrichten besagen schon das Gegenteil.

Amsterdam, 29. Oktober.

„Handelsblad" sagt anläßlich der jüngsten Aufhebung der Kaiserprozeßfrage, daß Holland seine Neutralität und Asylrechte nicht beiseite schieben dürfte zugunsten eines parteiischen, nur aus Siegern zusammengesetzten Tribunals. „Handelsblad" steht noch immer auf dem Standpunkt, daß der Prozeß nicht stattfinden wird, da viele der Alliierten im Grunde dagegen seien.

Versailles, 29. Oktober.

Nach Meldungen aus Brasilien prüft die dortige Kammer jetzt den Friedensvertrag von Versailles. Sie ist der Ratifizierung günstig gesinnt mit Ausnahme desjenigen Teiles, der die Aburteilung Kaiser Wilhelms verlangt, gegen die sich der Berichterstatter aussprach. Die Kammer hat beschlossen, daß man nur die Fragen erörtern wolle, die Brasilien betreffen.

Ergebnis der Schweizer Nationalratswahlen

Enttäuschung der Sozialdemokratie.

Bern, 29. Oktober.

Die Wahlen für den Nationalrat, die zum ersten Male nach dem Proportionalwahlsystem stattfanden, hatten folgendes wahrscheinlich endgültige Ergebnis: Freisinnig-demokratische Partei 68 Sitze (bisher 108), Katholische konservative Partei 42 (bisher 42), Sozialdemokraten 39 (bisher 20), Bauernpartei 27 (bisher 4), Liberale demokratische Partei 9 (bisher 11), Christlichsozialer 4 (bisher 4), Grütlianer 3 (bisher 8), Fortschrittliche Bürgerpartei Basel 1 (bisher 1), Evangelische Partei 1 (bisher 0) Sitze. In Zürich ist Hobs gewählt, während Platten nicht wiedergewählt ist. Sozialdemokraten hatten aus 50 bis 60 Sitze gerechnet.

Noske im Kreuzfeuer der nationalen Redner — Abg. v. Graefe über den „starken Mann" — Koenen-Halle als Dauerredner — Der Reichswehrminister in Verteidigungsstellung

Im Verlaufe der stürmischen Vormittagssitzung von gestern beruhigte Herr Nacken vom Zentrum in seiner sehr nüchternen, trockenen Vortragsart die etwas aufgeregten Nerven des Hauses wiederum und erwarb so das Verdienst, die nötige Aufmerksamkeit für die große, prachtvolle Rede zu halten, in der nun Herr v. Graefe noch einmal Abschied von unserer alten, herrlichen Armee nahm, die von hinten erdolcht wurde. Das erbärmlich schlechte Gewissen der heutigen Machthaber wird nie so wach, als wenn von dem Verrate an unserem Heere gesprochen wird. Und gestern wurde mit ihm eine Abrechnung gehalten, wie sie schärfer und schneidiger noch selten gehört wurde. Es ist nicht nur der glänzende, geistvolle Redner, es ist der alte Offizier von bester Art, der aus Herrn v. Graefe spricht; der ganze Groll, die ganze Verachtung für das Heute klingt aus ihm heraus. Sein feiner Hohn, mit dem er über den Verfolgungswahn spricht, mit dem die Sozialdemokratie gegen unser altes „Schwarz-weiß-rot" wütet, trifft die roten Machthaber wie Reitpeitschenhiebe. Besonders als er Stücklens Anspielung auf den Stier und das rote Tuch damit quittiert, daß er ganz offen von dem Ochsen spricht, auf den das schwarz-weiß-rote Tuch auch so aufregend zu wirken scheint. Auf die Einzelheiten seiner Darlegungen einzugehen, ist wegen ihrer Fülle hier unmöglich, wir verweisen unsere Leser deshalb auf den ausführlichen Bericht. Eins aber darf man feststellen: die Reichswehr, das schwache Kind, das wir schon um seines stolzen Vaters, unseres alten Heeres, lieben müssen, hat keinen ehrlicheren und wärmeren Freund als diesen tapferen, aufrechten Mann, der selbst im Felde stand und für die Heimat blutete.

Scharf und unerbittlich ist die Generalabrechnung, die Herr v. Graefe mit dem Reichswehrminister selbst hält, dem Mann mit dem Janushalse, der bald so und bald so reden kann, der angeblich der starke Mann ist, und der doch nur in feinen Worten stark ist, nie aber diesen Worten die Tat folgen läßt, wenn es gilt, wirklich Ordnung zu schaffen und durchzugreifen. Mit Recht weist er auf die Gefahr hin, die in dieser Wesensart Noskes liegt, weil sie das Volk in eine gewisse Sicherheit lullt, die aber trügerisch ist, und bei der das Verschwörer- und Putschistentum des Kommunismus nur umso ungestörter seine Pläne verfolgen kan. „Stark" sei der Minister, wie Herr von Graefe feststellt, nur da, wo er mit brutaler Gewalt unbequeme politische Minderheiten unterdrückt, wie er das gegenüber der nationalen Presse systematisch mit Hilfe des Belagerungszustandes zu tun pflege. Der buckige Mann mit der niedrigen Stirn, der auf der Ministerbank, umgeben von zahlreichen Offizieren, sitzt, duckt sich in sich zusammen und brütet finster lachend vor sich hin, als Herr von Graefe die deutschnationale Entschließung hierbei begründet, durch die das Haus die Regierung auffordern soll, den Reichswehrminister zu genauerer Beachtung der Pressefreiheit anzuhalten. Man darf erwarten, daß Herr Noske in seiner üblichen brutalen Weise antworten wird. Es wird ihm aber mit allem Geschrei nicht gelingen, die schwere moralische Niederlage wettzumachen, die er und das ganze hinter ihm stehende System durch Herrn Graefe gestern erlitten haben.

Fortsetzung der Vormittagssitzung.

Abg. Graefe (Deutschnational):

Wie können Sie die alte Armee mit einem Söldnerheer vergleichen? Jetzt klagen Sie über die großen Ausgaben. Wo sind die 7 Millionen, die wir nach dem Kriege noch hatten? 6 Millionen sind verschoben durch die Hand von Juden, Judengenossen und Schiebern. 1 Million ist in der Tat nur verbraucht. Wenn es möglich war, für die Hilfspolizei und für die Einwohnerwehr gute Uniformen zu beschaffen, so muß das auch für die Reichswehr möglich sein, wenn nicht, so liegt das am ganzen System. Die Reichswehrzulagen haben selbstverständlich große Erbitterung unter den Offizieren und Unteroffizieren hervorgerufen. Für sie ist dieser Anspruch ebenso berechtigt wie für die Beamten. Dies ist eine Spekulation der Mehrheit oder etwas noch Schlimmeres. Daß den Kriegsgefangenen, die zurückkehren, die Beförderungszeit angerechnet werden soll, hat Abg. Stücklen unter Berufung auf die Kriegsbesoldungsordnung bekämpft. Wären die Voraussetzungen für ein Gesetz nicht mehr vorhanden, dann müßte

eine neue Reichsordnung

geschaffen werden, welche den veränderten Verhältnissen Rechnung trägt. Das ist um so notwendiger, als die Leute in einem beklagenswerten Zustande zurückkehren. Sie sollen jetzt für Kleidung und Wäsche Phantasiepreise zahlen, weil sie die Sachen zur Zeit, wo sie noch billig waren, nicht kaufen konnten. Besitzende sind nicht unter den Heimkehrenden. Die Leute sind alle notleidend. Für das Wasserspüppchen der Mehrheitsparteien haben wir allerdings nicht gestimmt. Was macht die Reichswehr für ungeheure Kosten? Ob wir sie tragen können, darüber mag sich die Regierung den Kopf zerbrechen. Vorläufig müssen wir das Geld haben, damit wir noch immer neue Ministerposten schaffen können. Da die Regierung immer Leute in Kriegsgesellschaften mit jährlich 30 000 Mark Gehalt anstellt, hat sie also das Geld und verschwendet es in geradezu haarsträubender Weise. Wird hier nicht bald Abänderung geschaffen, so ist alles Geld zum Fenster hinausgeschmissen. Wir haben durch ihre Politik das Söldnerheer nötig. Einige unserer Anträge betreffen alte, billige Wünsche des Militärs, die wir schon oft vertreten haben. Die Waffenmeister, denen jede Aufstiegsmöglichkeit genommen werden sollte, die Zahlmeister und Untergahlmeister müssen auch zu ihrem Recht kommen. Die Entschädigung der Heeresangehörigen für die im Osten wie im Westen erlittene Einbuße an Privatbesitz haben wir wiederholt angeregt. Wir haben aber noch nicht einmal eine Antwort bekommen. Allein im Gouvernement Warschau haben 30 000 Leute ihr Eigentum eingebüßt. Zur Kriegsgefangenenfrage ist unsere Stellung die, daß wir uns das Herz der Gefangenen erkämpfen müssen. Jede Opposition muß versuchen, eine Mehrheit zu werden, und dazu gehört, daß man das Herz des Volkes gewinnt. Wir haben unsere eigenen Mittel, mit denen wir dabei vorgehen,

Mittel der Wahrheit und Ehrlichkeit.

Dazu gehört auch, daß wir uns bemühen, die Regierung zu Taten zu bringen, praktisch etwas für die Kriegsgefangenen zu tun. An der verantwortlichen Stelle müssen die stehen, die sachkundig sind und Urteilskraft zur Durchführung haben. Jetzt stehen aber an der Spitze Leute, die geradezu blutjunge Laien sind, und gerade dann, wenn es sich darum handelt, Neuerungen in ihrem Ressort durchzuführen. Die eigentliche Arbeit muß von den unteren Stellen geleistet werden und die oberen sind die Gehaltsempfänger. Das macht kein Geschäftsmann im Weltverkehr. Ich kann daher nicht in das Hohe Lied für den Reichswehrminister einstimmen. Ich bin auch nicht für das System der Laienregierung. Jeder ist so gebaut, wie er geschaffen ist. Ich verlange auch von dem Reichswehrminister nicht mehr Energie, als er besitzt. Aber ich verurteile den Schein der weitergehenden Energie, der ein falsches Vertrauen da erweckt, wo es nicht angebracht ist. Der Reichswehrminister ist in seinen Handlungen alles andere, nur nicht konsequent. Zunächst verlangte er, daß Truppenteile Zeitfreiwillige einstellen, auf Grund einseitiger Informationen und einer elenden Hetze der radikalen Parteien zog er diesen Befehl zurück. Auch von demokratischer Seite, so vom „Weimarer Tageblatt", wurde er daraufhin schwer angegriffen und als der Mann mit dem Kanonenkopf bezeichnet. Der Reichswehrminister ist gerade dazu gut, Menschen auszunutzen, die er gerade vor sich hat. Prinz Max von Baden schickte ihn nach Kiel, um die Monarchie zu retten. Es nützt nichts, daß Sie (zum Minister) den Glauben erwecken, der gegebene Mann zu sein. Die Bevölkerung sehnt sich nach Ruhe und Ordnung, die Regierung geht ihr aber verloren, denn Sie verstehen es sehr gut, die diktatorische Pose gegenüber der Minderheit einzunehmen, darin sind Sie sehr stark. Auf unsere Anfragen wegen

Schutz der Pressefreiheit

haben wir im Ausschuß noch keine Antwort erhalten. Die parteiische Zensur ist mit dem Bewußtsein des freien Bürgers nicht in Einklang zu bringen. Die jetzige Zensur ist viel parteiischer als die frühere. Der Reichstag hat seinerzeit dem sozialdemokratischen Antrag zugunsten der Pressefreiheit zugestimmt. Früher hat der Abgeordnete Gothein erklärt, der Belagerungszustand und die Zensur seien unerträglich. Scheidemann bezeichnete diese Maßnahmen als ungehemmt. Noske beruft sich bei der Zensur auf das Gesetz von 1851. Das Reichsjustizamt begründet die Zensur mit den Vorschriften der neuen Verfassung. Die Regierung weiß dann nicht, auf Grund welchen Rechtes sie regiert. Das „Deutsche Wochenblatt" ist wegen angeblicher anarchistischer Hetze verboten worden. Dabei wendet sich der betreffende Artikel gegen die Judenpogrome. Was hat das mit dem Totschlagen der Juden auf der Straße zu tun? Dann wurde ein Blatt wegen eines Inserates verboten, in dem Gummiknüttel empfohlen wurden. Diese Knüttel haben dem Kriegsministerium zur Prüfung vorgelegen und sind auch bei den Einwohnerwehren als Waffen eingeführt. Dieses Inserat hätte nicht zum Verbot des Blattes führen dürfen. Herr Noske schlägt also die freie Meinung mit dem Gummiknüttel tot. Genau wie gegen das Wochenblatt hat sich der Reichswehrminister auch gegen die „Deutsche Zeitung" benommen. Es handelt sich nicht um Ahndung einzelner Fälle, sondern es liegt System darin, die deutschnationalen Zeitungen totzuschlagen. Die „Deutsche Zeitung" ist jetzt wieder verboten worden. Wenn man Sätze aus dem Zusammenhang herausreißt, kann man die Aufforderung zum Ungehorsam leicht herauslesen. Wenn man aber den ganzen Artikel liest, geht klipp und klar hervor, daß weiter nichts befohlen wird als jene Männer, die dem deutschen Volk Versprechungen gegeben haben, die sie nicht gehalten haben oder nicht halten konnten. Sie müßten dann aber auch die Konsequenzen ziehen, dieselbe Konsequenz, die Herr Scheidemann gegeben hat. Er hat gesagt: „Die Hand muß verdorren, die einen solchen Friedensvertrag unterzeichnet!" und ist zurückgetreten. Der Artikel erinnert daran, daß der Reichspräsident erklärte, wir wären ehrlos und würdelos, wenn wir nicht unsere ganze Kraft aufbäumen gegen die Schmach, die uns angetan wird. Niemals dürfe ein Volk von 70 Millionen sich solche schmachvollen Bedingungen gefallen lassen. „Nie und nimmer werden wir sie annehmen, wir werden sie ablehnen, komme, was kommen mag." (Hört, hört!) Diese Worte hat Ebert vor der Volksversammlung abgegeben. „Nie und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191910301-15/fragment/page=0001

nimmer werden wir diese Bedingungen annehmen, mag kommen, was kommen mag." Ein solcher Mann wäre, wenn er nicht von der Gunst der Masse emporgeschnellt wäre unmöglich. Es ist das gute Recht jedes Patrioten, zu verlangen, daß er die Konsequenzen daraus zieht und zurücktritt. Prinz Max von Baden hat gesagt, ein Kanzler, der nicht zur nationalen Verteidigung aufriefe, würde von der Verachtung des Volkes weggeschwemmt werden. Das ist die Methode unserer Minister, mit schönen Worten und Versprechungen sich das Vertrauen des Volkes zu gewinnen, um dann die Versprechungen nicht einzulösen. Unser Volk darf sich auf keinen Fall auf solche Versprechen einlassen, die dann nicht gehalten werden können. Wenn Ebert seinerzeit erklärt hat, es sei würdelos und ehrlos, die Friedensbedingungen anzunehmen, und sie dann doch angenommen hat, dann muß er auch unter allen Umständen die logischen Konsequenzen daraus ziehen. Wenn Noske die „Deutsche Zeitung" daraufhin verboten hat, so ist das eine direkte Gewaltantwung gegenüber einem Blatt, das ebenso gut das Recht hat, seine Meinung zu vertreten, wie jeder deutsche Mann. Nach der Verfassung hat jeder das Recht der freien Meinung. Sie aber zeigen, daß Ihnen Macht vor Recht geht. Wenn man weiß, wie die Herren in ihren Kommentaren alles vorher festlegen, dann ist die Verbandlung im Plenum eigentlich nur noch Theater. Unter keinem König und Kaiser herrschte eine so absolute Regierung, wie wir sie jetzt haben. (Zustimmung rechts, Unruhe links.) Wir vertrauen auf den guten Geist, der uns einst den Pyrrhussieg erringen läßt. (Beifall rechts, anhaltendes Zischen links.)

Reichswehrminister Noske:

Herr Marizky hat zutreffend die Bedeutung der Reichswehr geschildert. Wir sind zwar im tiefsten Unglück, aber ich meine, man sollte es wenigstens mit Ernst und Würde zu tragen versuchen. Deutschland hat im Kampf gegen drei Viertel aller Völker der Erde gestanden. Angesichts dessen sind die Opfer und die Leistungen des deutschen Volkes geradezu fabelhaft gewesen. Unter dem ungeheuren Druck der Uebermacht ist der Zusammenbruch erfolgt. Unser Volk, das heißt, die die Waffen getragen haben, sind ehrenhaft aus diesem Kampf hervorgegangen. Mit langen Reden ist jetzt dem Volk nicht gedient. Die Schwierigkeiten des Rücktransportes aus dem Westen sind groß. Wir streben natürlich nach einem möglichst raschen Abtransport. Zum Abtransport von Munition und Lebensmitteln habe ich die Zustimmung erteilt. Munition galt es zu schaffen, denn es bestand die Gefahr, daß Litauen unseren Eisenbahnen die Durchfahrt verweigern würde. Ich freue mich, daß es nicht nötig war, auch nur eine von den Patronen zu verwenden. Die Zufuhr von Lebensmitteln ist notwendig und selbstverständlich, denn es ist möglich, daß der Transport sich weiter hinzieht. Eigenmächtige Eingriffe in unser Königsberger Lebensmittelbeport müssen allerdings unterbleiben. Ich muß es als eine Nichtswürdigkeit zurückweisen, wenn Sie die Dinge dergestalt hinstellen, als ob die Reichsverwaltung sich zu wenig zu den Forderungen der Reichswehr bekennt. In der „Post" können Sie heute einen solchen Artikel lesen. Jede Anregung werden wir gern entgegennehmen. Niemand aber weiß besser, wieviel da noch fehlt, als ich. Die Moralität der Truppen entspricht natürlich der Moralität, die dem Volke aus der Seele kommt. Völlig gesund werden die Truppen nur dann sein, wenn wir von einer allgemeinen Gesundung unseres Volkswesens sprechen können. In dem

Heeres- und Marine-Etat

werden natürlich Mittel angefordert, die nach dem Friedensvertrag verschwinden müssen. Die Verringerung des Heeres ist nicht in dem Tempo vor sich gegangen, wie angenommen wurde. Der Grund liegt darin, daß der Friede immer noch nicht ratifiziert ist. Wenn Herr v. Gilsa von den Schularbeiten, mit denen ich angeworfen werde, einige Spritzer mitbekommt, so wird er das mit Würde zu tragen wissen. Wir fordern von Ihnen loyale Pflichterfüllung. Offiziere, die sich nicht auf den Boden der Arbeit stellen wollen, werden ihrer Wege gehen müssen. Herr v. Graefe hat vorhin der Unbotmäßigkeit geradezu das Wort geredet. Die Reichsverfassung ist zu respektieren. Die Vereidigung der Offiziere und Mannschaften auf die Reichsverfassung ist übrigens fast restlos durchgeführt. Ein großer Teil von Unteroffizieren soll zu Offizieren gemacht werden. In Zukunft wird das ohne Rücksicht auf Herkunft und Verwögen gehandhabt werden. Wer Offizier werden will, tritt als Soldat ein. Der Tüchtigste wird Offizier. In der Marine sind 50 Prozent aller Offizierstellen aus dem Mannschaftsstand hervorgegangen. Wir sind verpflichtet, die Leute auf 12 Jahre einzustellen. Offiziere müssen bis 25 Jahre dienen. Es wird dabei ohne jede Klassenunterscheidung vorgegangen. Es muß darauf gesehen werden, daß der Mann nicht mehr auf die Taschen der Eltern angewiesen ist, er muß so bezahlt sein, daß er anständig existieren kann. Für tüchtige Leute muß die Laufbahn locend erscheinen. Das Kasernenleben wird annehmlicher gestaltet werden müssen. Die Bezahlung wird sich bis zu einem gewissen Grade steigern. Wer mit 30 Jahren ausscheidet, muß, wenn er nicht Offizier geworden ist, wissen, was er im Leben anfangen will. Also muß der Mann auf eine anständige Zukunft vorbereitet werden. Bleibt es bei den 100 000 Mann, dann wird notgedrungen jeder Mann als eine Art Kapitulant zu dienen haben. Die Leute ziehen den Militärdienst auch der Arbeitslosigkeit vor. Daß wir zum 1. April 1920 etwa 100 000 Mann haben, ist ausgeschlossen. Am 1. Januar 1920 werden wir etwa 10 000 Mann für das Heer und 1500 Mann für die Marine haben. Eine entsprechende Zahl werden wir in den folgenden Jahren haben. Diejenigen, die sich schon jetzt für eine lange Dienstzeit erklärt haben, dürfen sicher sein, daß weitgehende Fürsorge ihnen angedeihen wird. Die Reichswehr muß so gebildet werden, daß sie den Interessen des Reiches dient. Dazu werden wir manches lernen müssen, bis das Institut so geworden ist, daß jeder seine Freude daran hat. Lehrgeld wird zu zahlen sein und es wird beträchtliche Zeit dauern, bis alle Erfahrungen praktisch in diesem Sinn ausgenützt sind. Aber es muß geschafft werden, wenn wir den Aufbau des Reiches zu neuem Glanz und neuer Blüte haben wollen. Je länger wir die Reichswehr brauchen, um so weniger wird sie Gegenstand des parteiischen Gezänkes sein. Die Arbeiterschaft ist besorgt, daß sie eine Institution gegen das Volk bekommt. Es zeugt von geringem Zutrauen zur eigenen Kraft. Wir werden

in Zukunft 40 000 Offiziere in der Reichswehr

haben und die ganze Menschheit wird glauben, daß die Mehrzahl dauernd darauf aus sein wird oder auf der Lauer liegt, eine Konterrevolution zu machen. Aber es würde auch ein Armutszeugnis schlimmster Art sein, wenn die Millionen deutscher Volksgenossen nicht mit ein paar Tausend verwegeneren Leuten fertig werden sollten. Von rechts und links werden die Reichswehrtruppen attackiert. Das unabhängige „Jugendblatt" hat die Reichswehr als eine Rotte Hergelaufener bezeichnet, die da und dort Morde verüben. Das Verbot des „Deutschen Wochenblattes" war durchaus berechtigt. Da heißt es auf der einen Seite von einem neuen Ritualmord, auf der anderen Seite von Gummiknüppeln, die einen dauernden Bestandteil der antisemitischen Agitation darstellen. Herr v. Graefe beschwerte sich darüber, daß der „Deutschen Zeitung" Unrecht geschehen sei. Die Herren von der Rechten sind immer sehr empfindlich, wenn sich eine Kritik gegen sie nicht in den allerfeinsten Ausdrücken bewegt. Wenn Sie wollen, daß man Respekt haben soll vor Mitgliedern von Familien, die jahrhundertelang in Deutschland regiert haben, dann müssen Sie auch Respekt haben vor der jetzigen Staatsform und den jetzigen Trägern der Regierung. Niemals habe ich ein solches Maß von Geschmacklosigkeit in der Kritik gehört wie bei der Rechten. Die Haltung des Blattes war außerordentlich illoyal. Hätte es doch früher ausgesprochen, daß den Männern, die für die Unterzeichnung eintreten, die ehrliche Ueberzeugung nicht abgesprochen werden könne und solle. Es charakterisiert Herrn v. Graefe, wenn er sich schützend vor dieses Blatt stellt, das sich entgegen jeder Anständigkeit und Loyalität erdreistet, einen ehrenhaften Mann wie den Reichspräsidenten herunterzureißen. Ich bin wiederholt gegen das Blatt vorgegangen, weil es den Versuch gemacht hat, die Truppen zur Aufreizung zu bringen. Das Blatt bezeichnete den Reichspräsidenten und mich wiederholt als unehrlich. (Große Unruhe.) Es sagte: „Wie sollen preußische Generale und Offiziere sich einem Reichspräsidenten unterordnen, der sich selbst als ehrlos bezeichnet." Welche Zeitung damals den Druck der bekannten Flugschrift besorgte, ist bekannt. Es war Direktor Kapp. Er ist doch wohl Mitglied des Hauptvorstandes der Deutschnationalen Partei. Wenn die Herren jetzt diese Sudelhaftigkeit mit Entrüstung abschütteln, nehme ich davon Notiz. Ich sage ganz offen: In jetzigen Situationen kann man mit sentimentalem Gefühl keine Politik machen. Das Reich ist gefährdeter als jemals im Kriege. Herr v. Graefe sprach von der Leiche des Vaterlandes. Nein, Deutschland blutet aus tausend Wunden. Aber es lebt, und wir geben die Hoffnung nicht auf, es wieder blühend, stark und gesund zu machen. Die Arbeit, die dabei zu leisten ist, werden wir uns nicht stören lassen, wenn es sich um das Schicksal von 60 Millionen handelt. Wir geben nicht zu, daß denen freies Spiel gelassen wird, die Deutschland zugrunde richten. Weder durch Tollheiten von rechts, noch durch Narrheiten von links darf das Reich gefährdet werden. Jeder Bürgerkrieg ist zu hindern. (Ruruf links: Wo waren Sie denn im November?) Ich werde jeden Putschversuch von rechts genau so behandeln wie den von links. Je kleiner die Truppe, desto schärfer wird sie zuschlagen. (Beifall.) Wir müssen das Land retten, mögen dabei Spöne fallen, rechts oder links, vorwärts und aufwärts! (Lebhafter Beifall bei den Mehrheitsparteien.)

Reichsminister Dr. David: Wenn man Herrn v. Graefe gehört hat, weiß man, warum Deutschland zugrunde gehen mußte. Die Niederlage als Folge der Revolution hinzustellen, ist eine bodenlose Entstellung der Tatsachen. Und nun schleudert Herr von Graefe seine Anklagen gegen die, die den Frieden unterzeichnen mußten. (Ruruf rechts: Warum hat denn Scheidemann nicht unterzeichnet?) Sie kennen die Beweggründe. Es gab keine andere Rettung, und noch sind wir über die Gefahr nicht hinaus. Sind Sie (nach rechts) so verblendet, zu hoffen, daß Deutschland erst bolschewistisch werden muß, damit dann die Reaktion kommen kann? Das war die einzige Erklärung für Ihre Politik. (Beifall.)

Abg. Dr. Haas (Dem.): Wir sind besiegt worden von Deutschen, von denen, die uns durch den U-Bootkrieg Amerika auf den Hals hetzten. Gegen eine Welt von Feinden hätten wir standgehalten. Sie (nach rechts) haben gewußt, was die Generale und die Großindustriellen sagten, aber nicht, was die Musketier und der Füsilier sagten. Der aber wollte nicht wissen von großen Kriegszielen. Haus und Hof wollte er beschützen. Aber weiter wollte er nicht gehen. Wir wollen, daß Nahrung, Kleidung und Verpflegung der Reichswehr gut sind. Guter Unterricht muß erteilt werden. Disziplin muß sein, und die politisch unerfahrenen Offiziere dürfen nicht von rechts aufgehetzt werden.

Abg. Koenen (U. S.): Die Politik der Rechtssozialisten ist genau so schuld am Kriege wie die der Rechtsparteien. Millionen werden gefordert für Militärpolizei und Militarismus. Da gehren am Mark des Volkes mehr als je. Ein Korruptionssumpf ist auch wieder da. Für den reaktionären Geist in der Reichswehr liegen schlagende Beweise vor. Die Generale sind monarchistisch bis auf die Knochen. Herr Noske, und in Preußen Herr Heine arbeiten ganz in deutschnationalem Sinne. In der deutschen Republik von Noskes Gnaden werden Streikverbot und Belagerungszustandsverordnungen erlassen. (Präsident Fehrenbach mahnt den Redner zur Klarheit. Die technische Nothilfe schafft erst den Streik. (Als Redner der Höfing und beleidigen Verbot einer unabhängigen Zeitung zu sprechen kommt, mahnt ihn Präsident Fehrenbach zur Sache und erinnert ihn daran, daß er bereits zwei Stunden spreche.) Wie stark sind die Zeitfreiwilligenregimenter? Wie viele Kompagnien Stahlhelmorganisationen gibt es? Das alles widerspricht den Friedensbedingungen. Aber es scheint, daß die Entente beide Augen zudrückt, weil diese Organisationen gegen uns gerichtet sind. (Andauernde Schlußrufe; Furt rechts: Hochverräter sind Sie!) Für den neuen Krieg brauchen wir eine neue Armee. Verräter des Volkes sind Sie! Wenn Noske noch eine Weile am Ruder bleibt und es nicht gelingt, die Masse im Zaume zu halten (stürmische Heiterkeit), so fließt in Deutschland mehr Blut im Bürgerkrieg, als der Krieg 1870/71 gekostet hat. (Beifall bei den Unabhängigen Soz.)

Reichswehrminister Noske: In Berlin sind im März über tausend Tote zu beklagen gewesen, Soldaten und Bürger. Aber wir haben den Kampf abgewehrt, den Sie auf die Straße getragen haben. Ich rate Ihnen sehr, die Masse im Zaume zu halten. Es gibt keine Zeitfreiwilligenregimenter. Es gibt Eine, in die sich Freiwillige eintragen lassen für die Zeit der Not. Der Friedensvertrag wird von der Regierung lokal erfüllt werden. Die Reichswehr wird anständig versorgt und bezahlt werden, aber sie muß ein bedingungsloses Werkzeug in der Hand der Regierung sein. (Lärm links; Zustimmung bei der Mehrheit.)

Das Gehalt des Reichswehrministers wird gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialisten und Deutschnationalen bewilligt.

Weitere Titel werden angenommen. Ebenso eine Entschließung Arnstadt (Dn.), den Waffenmeistern den Rang der mittleren Beamten zu verleihen.

Abg. Frau Behm (Dn.) tritt für das Bestehenbleiben der Heeresblüchereien ein.

Angenommen wird eine Entschließung Stücklen (Soz.) wegen Aufbesserung der Gebührnisse usw. der Reichswehr.

Der Rest des Etats wird angenommen.

Beim

Haushalt der Reichsmilitärgerichte

erklärt

Reichswehrminister Noske auf Anfrage des Abg. Dr. Cohn (U. S.), daß er nach Wiederzusammentritt des Hauses diesen den Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit werde vorlegen können.

Der Haushalt wird angenommen.

Es folgt der

Haushalt der Verwaltung der Reichsmarine.

Abg. Dr. Mittelmann (D. Vp.): Bessere Besoldungen bei Deckoffiziere und der technischen Offiziere sind notwendig.

Abg. Oberfohren (Dn.) fordert erhöhte Berücksichtigung der Technik in der Marine.

Admiral von Trotha, Chef der Admiralität: Ich werde den Menschen in der Marine zu seinem Rechte verhelfen, so lange er seine Pflicht tut, ebenso bei notwendig werdenden Entlassungen und bei notwendigen Neugestaltungen von Dienstverhältnissen.

Der Haushalt der Marine wird angenommen.

Ebenso wird der Haushalt des Reichstags, sowie der Haushalt des Rechnungshofes, der Reichsdruckerei, der Reichsschulden, der allgemeinen Finanzverwaltung und das Ermächtigungsgesetz angenommen.

Damit ist die zweite Lesung des Haushalts beendet.

Nächste Sitzung morgen 9½ Uhr: Dritte Lesung des Etats.

Schluß 8¾ Uhr.

Nachdruck verboten.

Die beiden Hildebrand

29] Kriminalroman von Heinrich Tiaden.

„Fühlen Sie sich durch den Anblick dieses Gesichts nicht erschüttert?"

„Der Anblick eines auf gewaltsame Weise ums Leben gekommenen Menschen mag wohl jedem schrecklich sein," erwiderte Oswald.

„Da haben Sie recht,"" bemerkte der Staatsanwalt. „Doch ich glaube bemerkt zu haben, daß Sie, als Sie vor den Toten traten, im ersten Augenblick unwillkürlich zurückprallten — als fürchteten Sie, die halbgeschlossenen Augen des Toten würden sich auftun und Sie anblicken — oder seine Fäuste würden sich erheben, um Sie zu ergreifen."

„Selbstverständlich täuschen Sie sich, Herr Staatsanwalt," sprach Oswald. „Ich habe durchaus keine solche Bewegung gemacht und hatte auch keinen Grund dazu. Das Gefühl, das Sie so anschaulich schilderten, kann wohl nur der Mörder haben."

„Sehr wohl, doch ich meine, auch Ihnen hätte ein solches Gefühl des Schreckens überkommen können, da Sie doch Bürklin so grimmig haßten."

„Sie täuschen sich. Ich fühlte für jenen Mann nur Verachtung.""

„Warum?"

„Weil er ein Erpresser schlimmster Art war, der meinen armen Vater ein halbes Menschenalter hindurch aufs grausamste verfolgt und bestohlen hat."

„Aber warum ist denn Ihr Herr Vater nicht gegen ihn vorgegangen? Ein Mensch, der eine reine Haut hat, braucht keinen Erpresser zu fürchten, denn das Gesetz schützt ihn."

„Die Umstände werden mich wohl dazu zwingen, ein Geheimnis, das dreißig Jahre lang zwischen meinem Vater und jenem toten Manne bestanden und das meinem Vater eine Unsumme von Qual, Angst, Sorge und Geld gekostet hat, vor Ihnen zu enthüllen, damit Sie klar erkennen können, wie Bürklin dazu kam, mir jene Worte zuzurufen, die mich so verdächtig des Mordes machen."

„Schön, erzählen Sie uns das alles, doch nicht jetzt und nicht hier," sprach der Staatsanwalt. „Sobald der Herr Untersuchungsrichter hier fertig ist, fahren wir miteinander zum Polizeipräsidium."

„Ich habe vorläufig hier nichts mehr zu tun," sprach der Untersuchungsrichter.

„Nun, und das Gutachten des Gerichtsarztes ist abgeschlossen — oder —"

„Ganz recht, Herr Staatsanwalt. Der Mord ist mit einem langen spitzen Gegenstand verübt worden. Auf die Form der Waffe lassen die Wunden keine Schlüsse zu. Der Mörder muß die Tat entweder in großer Aufregung oder in einem Wutanfall verübt haben, denn die Waffe hat in den Wunden förmlich gewühlt und die Gewebe zerrissen. Daher der fast plötzliche Tod."

„Seltsam nur, daß von jenem Gegenstand, der zu der Tat benutzt worden ist, keine Spur gefunden werden kann."

„Der Mörder hat eben, wie ich schon sagte, die Waffe mitgenommen," entschied der Untersuchungsrichter. „Jedenfalls —"

Er brach ab und ließ seine Augen mit aufmerksamem Forschen an Oswald auf- und niedergleiten. Nicht nur die Beamten, sondern auch Oswald bemerkte diesen scharf prüfenden Blick.

„Es steht Ihnen nichts im Wege, Herr Untersuchungsrichter, mich selbst und meine Kleider zu untersuchen, wie es bereits durch den Herrn Polizeirat geschehen ist.""

„Danke, es wird kaum nötig sein, zumal, wenn der Herr Polizeirat bereits eine Untersuchung vorgenommen hat. Trugen Sie diesen Anzug auch während Ihres Besuches bei Bürklin?"

„Gewiß, denn ich habe nur diesen Anzug mit auf Reise. Uebrigens wird Fräulein Bürklin die Richtigkeit meiner Angaben bestätigen können."

„Sie haben recht, wir wollen Fräulein Bürklin befragen."

Er drückte auf den Knopf der Klingel, worauf nach einer Weile das Dienstmädchen erschien. Es steckte den Kopf durch die Tür, fuhr aber sofort mit dem Zeichen des Entsetzens wieder zurück.

„Sagen Sie Fräulein Bürklin, wir wünschten sie einen Augenblick zu sprechen und würden zu ihr in den Salon kommen."

Das Mädchen ging und kehrte gleich darauf mit dem Bescheid zurück. Fräulein Bürklin erwarte die Herren. Alle vier begaben sich in den Salon. Dieser war hell erleuchtet. Laura, sehr blaß und augenscheinlich sehr angegriffen, lag in einem tiefen Lehnstuhl. Als die Herren eintraten, erhob sie sich ein wenig.

„Bitte, gnädiges Fräulein, bleiben Sie ruhig sitzen," sprach der Untersuchungsrichter.

„Es handelt sich nur um eine Feststellung. Bevor Herr Hildebrand mit Ihrem Herrn Vater sprach, hatte er eine Unterredung mit Ihnen?"

„Jawohl. Herr Hildebrand wartete auf meinen Vater und ich fühlte mich verpflichtet, ihm während der Zeit Gesellschaft zu leisten."

„Sprachen Sie über den Gegenstand, den Herr Hildebrand mit Ihrem Vater zu besprechen hatte?"

„Nein, wir sprachen über allgemeine Dinge."

„Machte Herr Hildebrand auf Sie den Eindruck eines Mannes, der mit feindseligen Gefühlen in dieses Haus gekommen war?"

„Mit feindseligen Gefühlen?" fragte Laura Bürklin erstaunt und mit einem flüchtigen Lächeln. „Ganz im Gegenteil. Unsere Unterhaltung war so angenehm, daß ich bedauerte, daß mein Vater schon so bald nach Herrn Hildebrands Ankunft von seinem Ausgang heimkehrte."

„Können Sie vielleicht sagen, ob Herr Hildebrand zu jener Zeit denselben Anzug trug, den er jetzt trägt?"

„Gewiß, ich weiß das zufällig genau."

„Darf ich fragen, woher?"

„Nun, weil der Anzug mir ganz besonders gut gefiel."

„Hm., Sie wissen doch, daß die Unterredung zwischen Ihrem Vater und Herrn Hildebrand mit einem schrillen Mißton endigte?"

„Ich hörte es von Gustav Bürklin, meinem Vetter und von dem Mädchen. Ich war darüber erstaunt — und — wenn ich nach den geschehenen Dingen zu sagen darf — überzeugt, daß ein nicht geringer Teil Schuld an dem Zerwürfnis auf Seiten meines Vaters liegt."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191910301-15/fragment/page=0002

8,187 Milliarden Mark neuer Kreditanspruch

zur Reichsergänzungsetat für 1919.

Der Nationalversammlung sind Ergänzungen zu den Hausvoranschlägen der Reichsschuld und der allgemeinen Finanzverwaltung für das Rechnungsjahr 1919 zugegangen, in denen zu den laufenden Ausgaben für Rechnung der Gesamtgemeinschaft 8,187 Milliarden Mark angefordert werden. Die Allgemeine Finanzverwaltung fordert davon 38,9 Milliarden. Im ordentlichen Haushalt werden 9 Milliarden als Erträgnisse aus dem Vorjahr eingesetzt. 7 Milliarden davon sind bereits im ursprünglichen Haushaltsentwurf für 1919 enthalten. Mithin kommen 2 Milliarden Mark.

Die Ministerien beanspruchen gegenüber dem ursprünglichen Etat erhöhte Ausgaben, und zwar:

das Reichsministerium des Innern . .	242 637 000 ℳ
„ Reichswirtschaftsministerium . .	8 820 518 000 „
„ Reichsarbeitsministerium . . .	971 052 500 „
„ Verwaltung des Reichsheeres . .	801 500 000 „
„ Verwaltung der Reichsmarine . .	158 719 076 „
„ Reichsjustizverwaltung	5 000 000 „
„ Reichsfinanzministerium	415 317 900 „
„ Reichsschatzministerium	1 420 000 000 „
„ Reichskolonialministerium	45 657 000 „

Diese Summen sind allerdings nicht nur zur Deckung von Anleihebewilligungsunkosten bestimmt, sondern stellen z. B. beim Reichsernährungsministerium Reichszuschüsse für die Besorgung ausländischer Lebensmittel dar.

Aus dem Ergänzungsetat ergibt sich ein Anleihebedarf von 40,6 Milliarden Mark. Für 32,4 Milliarden Mark Kreditermächtigungen erteilt worden, so daß noch 8,187 Milliarden durch neue Kreditbewilligungen aufzubringen sind.

Auch die Bildung wird teurer!

Berlin, 29. Oktober.

Der preußische Unterrichtsminister hat im Einvernehmen mit dem Finanzminister für die höheren Lehranstalten die folgenden Sätze wie folgt festgesetzt:

1. Höhere Lehranstalten für die männliche Jugend: Für die drei Oberklassen (Oberseekunda, Unterprima und Oberprima) der Vollanstalten (Gymnasien, Realgymnasien und Oberlyzeen) auf 220 Mark. Für die unteren und mittleren Klassen (Sexta, Quinta, Quarta, Unterertia und Obertertia) der Vollanstalten, für die Progymnasien und die Realprogymnasien auf 200 Mark. Für die Realschulen auf 160 Mark. Für diejenigen Realschulen, die mit gymnasialen oder realgymnasialen Lehranstalten verbunden und mit solchen einen gemeinsamen Unterbau haben, ist der Schulgeldsatz von 200 Mark zu nehmen. Hinsichtlich des Schulgeldes bei den noch bestehenden Lyzeen bleibt es bei dem Grundsatz, daß diese sich aus ihren eigenen Einnahmen erhalten müssen. Das Schulgeld darf 200 Mark nicht übersteigen.

2. Höhere Lehranstalten für die weibliche Jugend: Für die Studienanstalten auf 300 Mark. Für das Oberlyzeum, die wissenschaftliche Klassen, Seminarklassen und Frauenschule) auf 200 Mark. Für das Lyzeum, Ober- und Mittelstufe, auf 200 Mark, Unterstufe auf 160 Mark. Für die vom Staate zu unterhaltenden Mittelschulen: Ober- und Mittelstufe auf 92 Mark, Unterstufe auf 72 Mark. Soweit höhere Sätze bereits erhoben worden, sind diese beizubehalten.

Studenten, Kolleggelder und Herr Haenisch

Vor einiger Zeit bereits haben wir auf die bildungsfeindliche Tendenz eindringlich hingewiesen, die in der erheblichen Erhöhung der Schul- und Kolleggelder liegt. Gegen eine dabei unterlaufene besondere Ungerechtigkeit wendet sich nun in einem Aufruf der Ausschuß der Studentenschaft der Berliner Universität. Er erhebt Beschwerde dagegen, daß die Gebühren der Universitätsbibliothek am 22. Oktober um hundert Prozent erhöht worden sind, so daß die Kommilitonen, die erst belegen, außerordentlich benachteiligt werden. Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hatte erst vor kurzem dem Ausschuß der Studentenschaft erklärt, daß in Fragen der Erhöhung der Gebühren die Studentenschaft vorher gehört werden sollte. Das ist nicht geschehen. Der Ausschuß verständigt daraufhin mit dem Ministerium in dieser Angelegenheit und fordert auch die Kommilitonen auf, bis zur Klärung dieses Falles das Belegen auf der Quästur einzustellen. Die Belegfrist ist um vier bis zehn Tage verlängert.

Der Krieg gegen die Sowjets

(Eigene Drahtmeldung der „H. T.")

Amsterdam, 29. Oktober.

Nach einer Meldung des „Radio" meldet die „New-Yorkzeitung" aus London, daß Großbritannien Kolchak die Unterstützung entziehen will.

Amsterdam, 29. Oktober.

Laut englischen Blättern berichtet der Chef der britischen Militärkommission bei Denekin am 24. Oktober, daß auf der 700 Meilen langen Front von Zarizyn bis Kiew heftige Kämpfe entbrannt sind, und daß Denekin in Richtung Moskau neue Fortschritte erzielt habe. General Wrangel stehe 30 Meilen südlich und 50 Meilen nordwestlich von Zar zyn. Zwischen Zarizyn und Woronesh sei die Donarmee auf einer Front von 120 Meilen in den letzten Tagen bis 50 Meilen vorgerückt. Am 23. Oktober sei der wichtigste Bahnknotenpunkt Jeleis, 230 Meilen südöstlich Moskau, genommen worden. — Die Bolschewisten melden unterm 23. Oktober die Einnahme von Woronesh. — Einer herrenlosen Meldung zufolge ist General Stenfowitsch, ein Offizier des alten Regimes, der im bolschewistischen Heere Dienst tat, von Truppen Denekins gefangen genommen, kriegsgerichtlich verurteilt und durch den Strang hingerichtet worden.

Helsingfors, 29. Oktober.

An der Nordwestfront haben die Bolschewisten erhebliche Erfolge erzielt. Judenitsch gibt den Verlust von Krasnoje Selo zu, während die Bolschewisten wieder die Einnahme von Gatschina behaupten. Der Stab Judenitschs soll nach Jamburg übergesiedelt sein. Der Kampfwert der bolschewistischen Truppen soll vorzüglich sein. Die Bolschewisten haben alle verfügbaren Truppen aus Karelien und Archangelsk herangezogen und bereiten angeblich einen entscheidenden Schlag vor. Die englische Flotte bombardierte erneut Krasnaja Gorka.

„New York Herald" meldet, daß Amerika jedenfalls jedes Mandat für die Türkei ablehne, und daß es zweifellos auch an den Beratungen über die türkischen Fragen nicht teilnehme.

Die Pleite der Arbeiterkonferenz

Amsterdam, 29. Oktober.

„Times" meldet aus Washington: Die internationale Arbeiterkonferenz tritt unter nicht sehr günstigen Umständen zusammen, insbesondere weil Wilson, der die Konferenz zusammenberufen hat, sie nicht eröffnen kann. Auch werde keine eigentliche amerikanische Delegation anwesend sein. Hinzu komme der Widerstand in Amerika gegen den Völkerbund und teilweise auch gegen die internationale Zusammenarbeit, außerdem, daß der industrielle Himmel augenblicklich sehr bewölkt ist.

Amsterdam, 29. Oktober.

„Manchester Guardian" meldet, daß der Herzog von Northumberland in einer Rede in Cambridge erklärte, daß der Völkerbund weder auf ethischer noch auf moralischer und religiöser Grundlage aufgebaut sei. Die vom Wiener Kongreß erzielte Lösung sei in seiner Hinsicht verderblicher gewesen, als gegen das Ergebnis der Versailler Konferenz. Der einzige Unterschied der preußischen sei der, daß der Wiener Kongreß ehrlicher gewesen sei.

Regierungswechsel in Württemberg. Durch Entschließung des Staatspräsidenten sind der Minister des Innern Dr. Lindemann und der Ernährungsminister Baumann, ihrer Bitte entsprechend, von ihren Aemtern enthoben worden. Ferner wurden Kultusminister Heymann unter Entsehung vom Amte des Kultusministers zum Minister des Innern, Amtsrichter Bolz zum Justizminister Regierungsdirektor Dr. von Hieber zum Kultusminister, und Oberpostsekretär Graf zum Ernährungsminister ernannt.

Wahlen in Luxemburg. Es sind endgültig gewählt 27 Katholiken, 7 Radikale, 9 Sozialisten, 3 Mitglieder der Partei Prum, 2 Volksparteiler.

Papiernot in Wien. Wegen Papiermangels dürfen die Wiener Tageszeitungen bis zum 8. November täglich nur zweimal zwei Textseiten umfassen.

An dem Abg. Hugo Haase mußte eine Amputation des rechten Unterschenkels vorgenommen werden. Wie bereits berichtet, schwebte der Kranke schon mehrere Tage in Lebensgefahr. Die Untersuchung hatte ergeben, daß der dem Abgeordneten am 8. d. M. von dem Attentäter Poß beigebrachte Schuß die Kniegelenkknochen zertrümmert hatte. Trotz sorgfältigster Behandlung zeigte sich eine stetig fortschreitende Gelenkvereiterung, die auch durch wiermalige operative Eingriffe nicht zu beheben war. Um das Leben des Patienten zu retten, schrieb Geh. Rat Prof. Dr. Rotter zur Amputation. Das verletzte Bein wurde oberhalb des Kniegelenks abgenommen. Der Kranke hat die Operation gut überstanden.

Zur Kontrolle der fremden Offiziere. Wie wir von zuständiger Seite hören, hat es sich als nötig herausgestellt, die vielen augenblicklich in Berlin weilenden fremden Offiziere einer Kontrolle zu unterwerfen. Offizierspatrouillen sind angewiesen, die Herren in fremder, unbekannter Uniform, vor allem die mit russischen Abzeichen, anzuhalten und auf ihre Personalien festzustellen.

Halle und Umgebung

Halle, 30 Oktober

Hauptversammlung des Bundes „Haus und Schule"

in Halle am 26. und 27. Oktober.

Den Hauptverhandlungen ging am Vormittag des 26. die Gründung einer Provinzialgruppe des Bundes Haus und Schule voraus, die an ihrem Teil die schon vorhandenen Mitglieder in der Provinz Sachsen sammeln und die Gemeinden für die Bundesziele begeistern soll. Im Gottesdienst dedizierte P. Lic. Aust-Breslau die geistigen Schäden unserer Jugend auf und richtete die Blicke aufwärts. Der Abend brachte den Hauptvortrag bei sehr gutem Besuch. Geheimrat Prof. Dr. Schäder-Breslau sprach über

Religiosität oder Christusglaube,

die entscheidende Wahrheitsfrage an die Erzieher in Haus und Schule. Nachdem er das Ziel aller Erziehung mit den Worten Wahrhaftigkeit und Gehorsam gekennzeichnet hatte, wies er nach, daß weder die uns umgebende Natur, noch der Mensch selbst zu diesem Ziele führen könne. Das vermöge nur ein Gott, der dem Zögling einen unerschütterlichen Halt, die Reinigung seines persönlichen Lebens, Aufrichtung in allen Trübsalen und ein sicheres Lebensziel bieten könne. Dazu seien aber unbekannte, im Dunkel gedachte, im Inneren des Menschen nur gefühlsmäßig empfundene Gottheiten, auch alle sonstigen Religionserfahrungen nicht fähig. Nur der lebendige, in seinem Sohne Jesus Christus geoffenbarte Schöpfer- und Vatergott tut das. Wer der Jugend das wahre Ideal, die Königsherrschaft Jesu Christi darstelle, dürfe sicher sein, daß sie sich auch heute noch dafür begeistert. Es müsse in unserem Volke eine „Liga" erstehen, die dies Ideal unentwegt verkündigt und verteidigt, so dürfe man die herrlichsten Folgen für unsere Jugend und die Wiedergeburt unseres Volkes erwarten. Bundesdirektor Winkler-Oels zeigte zum Schluß noch die Gefahr, die für die Erhaltung dieser Erziehungsschule besteht und forderte zum Eintritt in die schon vorhandene Liga, den Bund Haus und Schule, auf. — Der Morgen des 27. Oktober bot

die geschäftliche Tagung.

Die Morgenandacht hielt P. D. Philipps-Berlin, dann gab Bundesdirektor Winkler-Oels einen Ueberblick über die in jüngster Zeit erfreuliche Entwicklung unserer Arbeit besonders in Schlesien, Pommern, Württemberg und neuerdings auch in der Provinz Sachsen. Sodann entrollte er einen Plan, nach dem die Bundesleitung angesichts der Gefahr für die evangelische Christenheit Deutschlands zur Verteidigung dieses heiligen Erbes der Väter in Bewegung bringen will. Am wichtigsten war die Wahl des neuen Präsidenten, des Herrn von Schwerin aus Janow i. Pomm., an Stelle des Freiherrn von der Lotten, der seinen Wohnsitz im linksrheinischen besetzten Gebiete hat und dadurch zu sehr im regelmäßigen Verkehr mit der Geschäftsstelle des Bundes in Oels behindert ist. Der Nachmittag brachte um 3 Uhr eine geschlossene Mitgliederversammlung im Stadtmissionshause, die die Beschlüsse des Hauptvorstandes bestätigte. An diese schloß sich eine öffentliche, stark besuchte Versammlung im Stadtmissionssaale, in der zunächst Sup. d. d. Borke-Hohenreinkendorf von den Pommern, Hauptlehrer Eßlinger aus Schondorf von den Württembergern und Lic. P. Aust-Breslau von den Schlesiern herzliche Grüße überbrachte. Sodann sprach Frau von Schwerin aus Janow i. P. über die Forderungen der Gegenwart an die evangelische Frau und Mutter. Ihr folgte der Vorsitzende der Ortsgruppe Halle, Lehrer F. Sommer, der die Frage beantwortete: Warum müssen wir die konfessionelle Schule festhalten? Er faßte noch einmal in volkstümlicher Form die Gedanken, die während des zweitägigen festfreudigen Beisammenseins die Herzen der Teilnehmer bewegte, zusammen in dem Leitsatze: Wir können sie für unsere Kinder nicht entbehren, denn sie ist die Schule unserer Weltanschauung, die beruht auf unserem Glauben an die Königsherrschaft unseres auferstandenen Erlösers Jesus Christus. Auf Grund der beiden Vorträge gelangte eine Entschließung an die Nationalversammlung und eine Kundgebung an die evangelische Christenheit Deutschlands für die Erhaltung der evangelischen Schule zur Annahme. Die Schlußandacht (Sup. Moehr-Halle) gab der gesamten wohlgelungenen Tagung einen weihevollen Ausklang.

— **Neue Polizeistunde im Regierungsbezirk Merseburg.** Der Regierungspräsident hat bestimmt, daß vom 1. November an bis auf weiteres im Regierungsbezirk Merseburg mit Ausnahme des Polizeibezirks Halle alle Gast-, Speise- und Schankwirtschaften, Kaffees, Theater, Lichtspielhäuser, Räume, in denen Schaustellungen stattfinden, sowie öffentliche Veranstaltungsstätten aller Art um 1½ Uhr abends zu schließen sind. Das Gleiche gilt von den Vereins- und Gesellschaftsräumen, in denen Speisen und Getränke verabreicht werden.

Das Drama der Jugend in Deutschland

Das Stadttheater bittet um Aufnahme folgender Notiz:

Die vom Hallenschen Stadttheater im Laufe dieser Spielzeit geplante Aufführungsfolge „Das Drama der Jugend in Entwicklung" soll den Geist der deutschen Jugend in seinen wichtigsten literaturgeschichtlichen Erscheinungsformen zu unserer Zeit sprechen lassen. Sie möchte damit zugleich den Menschen des Verständnisses bereiten helfen für das, was Herz und Geist der Stürmer und Dränger im Drama unserer Tage bewegt. Wie etwa alle dreißig bis vierzig Jahre im Verlauf der letzten 150 Jahre unserer Literaturentwicklung, so stehen wir heute wieder in einer Gärungsepoche des Dramas. Gleich den Stürmern und Drängern, die in den siebziger Jahren des 18. Jahrhunderts mit dem jungen Goethe an der Spitze dichten, im Protest erhoben gegen die einseitige Verstandeskultur der Aufklärungszeit, so tritt ein Teil der künstlerischen Jugend heute ungleich tiefer aufgerührten Zeit in Kampfstellung gegen fortgeschrittene Entseelung unserer äußerlich hochgesteigerten Kultur, strebt wie einst jene einer neue Gefühlskultur entgegen. In dieser Stellungnahme recht eigentlich wurzelt das Sonderbewußtsein der „expressionistischen" Gegenwartskunst. Auf allen Gebiete der Dichtung weisen hier bedeutungsvolle Ansätze zum Anbruch einer neuen Entwicklungsepoche des deutschen Dramas. Wir sind uns bewußt, daß erst ein gewisses historisches Abstandsgefühl die nötige Unbefangenheit zur Anerkennung des Wertlichen Echten zu verleihen vermag. So möchte unsere Verwaltung, indem sie in Wesen und Wollen früherer Jugendbewegungen des deutschen Dramas einführen sucht, einem zeitunbefangeneren Urteil gegenüber dem jüngstdeutschen Drama vorarbeiten, möchte den Blick schärfen sowohl für das Jugendliche, wende wie Zukunftsweisende in ihm.

Um unserer Schauspielgemeinde den Weg zum tieferen Verständnis der Eigenart der einzelnen Werke wie der hinter und zu ihnen sich auftuenden großen Zusammenhänge zu bahnen, werden den einzelnen Entwicklungsepochen einführende, literatur- und geistesgeschichtlicher Grundlage ruhende, gemeinverständliche Vorträge vorausgeschickt werden. Den einzelnen Aufführungen sollen zudem im Theaterangeiger einige literarische zum Verständnis anleitende Notizen begleitet werden. Die einführenden Vorträge hat der Privatdozent für neuere deutsche Literaturgeschichte an unserer Universität, Dr. Wolfgang Liepe, übernommen.

Der Zyklus wird am 2. November mit einer Sonntagvormittagsveranstaltung im Stadttheater eröffnet werden. Die weiteren Veranstaltungen werden an den Abenden, die Vorträge Sonntags vormittags ebenfalls im Stadttheater stattfinden.

Das Gesamtprogramm bringt: 1. Sturm und Drang (erster Sonntagvormittag): Vortrag. Hierauf Aufführung aus Klingers „Leidendem Weib". Das Prometheusfragment von Goethe. 2. Romantik (zweiter Sonntagvormittag): Vortrag. Erster Abend: Friedrich Hölderlin: „Der Tod des Empedokles". 3. Junges Deutschland und Naturalismus (dritter Sonntagvormittag): Vortrag. Zweiter Abend: Georg Büchner: „Woyzeck". Dritter Abend: G. Hauptmann: „Vor Sonnenaufgang". 4. Jüngstdeutsches Drama (Expressionismus). Vierter Sonntagvormittag: Vortrag. Vierter Abend: Georg Kaiser: „Die Bürger von Calais". Fünfter Abend: Ernst Barlach: „Der arme Vetter". Sechster Abend: Hans J. Rehfisch: „Das Paradies".

*

Die demokratische Mißwirtschaft an der Dresdner Oper

Das sächsische Kultusministerium hat, wie aus Dresden berichtet wird, die Mitglieder der Dresdener Oper ersucht, einen geeigneten Mann zum Operndirektor zu wählen, da die entstandenen Mißstände an der Oper die Beibehaltung des bisherigen demokratischen Systems nicht länger gestatten. Als Direktor käme Kapellmeister Fritz Reiner in Frage, doch haben seine Gegner gestern seine Wahl verhindert. Sie wollen das Kultusministerium ersuchen, es bei dem jetzigen Zustand zu belassen. Das ist jedoch gänzlich unmöglich.

— **Richard-Wagner-Abend.** Der Name Richard Wagner ist die Zauberformel, mit der man die große Menge siegesgewiß aus musikalischer Gleichgültigkeit aufschrecken kann. Es bedarf nur der Ankündigung „Richard-Wagner-Abend" und dazu der Verpflichtung irgend eines bekannten Bühnenkünstlers, so sind im Handumdrehen alle Karten zum Konzert vergriffen. Es ist deshalb kaum zu verwundern, daß auch vorgestern der große Thaliasaal bis ins letzte Winkelchen ausverkauft war. Galt es doch, außer Richard Wagner noch Lilli Hafgren-Waag und Kammersänger Fritz Vogelstrom zu feiern, zwei Künstler, die von den letzten hiesigen Festspielen her in bester Erinnerung waren. Beide schenkten in ihren Vorträgen besondere Aufmerksamkeit dem „Tannhäuser", dem immer noch volkstümlichsten aller Musikdramen des Bayreuther Meisters. Fritz Vogelstrom bot außerdem die Gralserzählung, ferner aus der „Walküre" des Lenzlied und „Ein Schwert verhieß mir der Vater", während Lilli Hafgren-Waag noch von den Liedern „Schmerzen", „Am Treibhaus" und „Träume" sang. Sie erreichte damit den Höhepunkt ihrer Leistungen. Sie hatte sich wundervoll in den gefühlstiefen Gehalt dieser echt Wagnerschen Schöpfungen hineingelebt und wußte ihn auch vorzüglich den Hörern zu vermitteln. Freilich wurde aber hier schon deutlich, daß ihre Stimme im Konzertsaal mehr oder weniger des Liebreizes entbehrt, und daß alle hinreifende Kraftentfaltung etwas auf Kosten des Wohllauts geschieht. Wie wenig Schmelz die berühmte Sängerin vorgestern ihrer Stimme abzutringen vermochte, erwies das Gebet der Elisabeth, das auch in seiner rhythmischen Behandlung manche Bedenken weckte. Die Hallenerin und das Duett waren auf große äußere Wirkung zugeschnitten und machten dem heißen dramatischen Empfinden der Künstlerin alle Ehre. Weichheit und Biegsamkeit sind jedenfalls nicht die Haupteigenschaften von Fritz Vogelstroms Tenor. Dafür besitzt er aber eine so ungesunde Tonfülle, hellen Glanz und so tüchtige Schulung, daß er mühelos und stets klangschön alle Anforderungen des dramatischen Gesanges bewältigt. In seiner Auffassung erwies sich Fritz Vogelstrom als lebendiger Gestalter. Namentlich die Schilderung der Romfahrt hatte höchste Anschaulichkeit. Mit gewandter Hand überlegte Hermann Weigel Wagners Orchesterspreis ins Klaviermäßige.

Dr. W. Kaiser.

Ausstellung Hallescher Künstler. Von Mitte November bis Ende Dezember d. J. findet in der Aula und deren Nebenräumen der Oberrealschule am Wettiner Platz in Halle eine Ausstellung von Arbeiten Hallescher Künstler statt. Bei der Beschränktheit der zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten können natürlich von dem einzelnen Künstler nur wenige Arbeiten ausgestellt werden, deren Auswahl durch den Hallenschen Künstlerrat erfolgen wird. Künstler, die sich an der Ausstellung beteiligen wollen, werden vom Magistrat hierdurch aufgefordert, ihre Arbeiten vom 10. bis 12. November in der Zeit von 10 bis 3 Uhr in den Ausstellungsräumen der Oberrealschule gegen Empfangschein abzugeben. Für jede Arbeit sind die Bezeichnung des Gegenstandes, der Name des Künstlers und der Verkaufspreis anzugeben. Von dem Verkaufspreis sind 10 Prozent an die Ausstellungsleitung abzugeben. Die vom Künstlerrat nicht zur Ausstellung zugelassenen Arbeiten können am 15. November in der gleichen Zeit daselbst wieder abgeholt werden.

*) Die ausführliche Programmentwicklung wurde hier beiseitegelassen. D. Red.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191910301-15/fragment/page=0003

Provinz Sachsen

Ein großes Zugunglück bei Neudietendorf

3 Tote, 20 Verletzte.

(Eigene Drahtmeldung der „H. S.")

Neudietendorf, 29. Oktober.

Nachdem heute morgen 6½ Uhr der Personenzug 810 Naumburg–Erfurt–Gebra die Station Neudietendorf verlassen hatte, fuhr ihm ein aus entgegengesetzter Richtung kommender Güterzug in die Flanke. Sieben Wagen des Personenzuges wurden von der Lokomotive des Güterzuges umgeworfen und zum Teil schwer beschädigt. Drei Personen wurden getötet, und zwar ein Mann, eine Frau und ein junges Mädchen, deren Persönlichkeiten bis zum Mittag noch nicht festgestellt wurden. Etwa 20 Personen wurden verletzt, davon sechs bis acht schwer. Wie es heißt, soll der Personenzug ausgefahren sein, ohne daß ihm die Ausfahrt freigegeben war.

*

Tagung des Deutschen Vereins für Gesundheitspflege

(Schluß.)

△ Weimar, 29. Oktober.

Am Nachmittag des ersten Verhandlungstages kam noch eine wichtige Materie zur Beratung, indem Geh. Obermedizinalrat Professor Dr. Abel-Jena über die Hebung der Volkskraft durch Ernährung und Körperpflege sprach. Die Unterernährung weiter Kreise des deutschen Volkes während der letzten Jahre hat bei den Erwachsenen eine starke Abnahme des Körpergewichts, bei Kindern und Jugendlichen Zurückbleiben von Gewicht und Größe herbeigeführt. Am stärksten gelitten hat die Bevölkerschaft der Großstädte, Mittelstädte und Industriegegenden. Die Schuld daran liegt nicht allein an der Blockade, sondern auch vielfach an den verkehrten behördlichen Maßnahmen. Von der Regierung ist fortgesetzt rücksichtslose Klarlegung der Ernährungspolitik zu verlangen. Die Hebung der Inlandserzeugung ist durch Vermehrung und Besserstellung der ländlichen Arbeiter anzustreben. Der Umfang der Schweinezucht muß sich nach der Menge der verfügbaren Nahrungsstoffe richten, hingegen sind Kuhhaltung und Milcherzeugung kräftigst zu unterstützen. Die Ausmahlung des Brotgetreides soll 80 Prozent nicht übersteigen. Gerste und Hafer sind in Gestalt von Mehl, Graupen und Flocken mehr als früher und entsprechend der Kriegskost für die Ernährung zu benutzen. Die Kleie ist öffentlich zu bewirtschaften, ihre Verfütterung ausschließlich an Milchkühe zu überwachen. Die Kartoffel bildet neben dem Getreide die Grundlage unserer Ernährung. Der Anbau von Zuckerrüben und Oelfrüchten ist tunlichst anzugreifen. An der Gewinnung von Obst und Gemüse kann sich auch der Städter durch Gartenwirtschaft beteiligen; Fischzucht und Seefischerei verdienen reiche Förderung durch den Staat. Der Branntweingenuß ist möglichst zu erschweren; Spiritus darf weder aus Kartoffeln noch aus Getreide hergestellt werden. Die Erzeugung von Bier als Schwachbier ist zu gestatten. Der Weinbauer und Junker sind mit Zucker nur dann zu beliefern, wenn zuvor der Zuckerbedarf der Bevölkerung voll gedeckt ist. Die alkoholfreien Getränke außer Tee und Kaffee sind möglichst von Steuern frei zu halten. Fleisch, Fett, Oelfrüchte, Fische, Eier, Futtermittel werden für die nächste Zeit zu entbehren sein. Die Einfuhr von Kakao, Kaffee, Tee und Schokolade sowie andere Luxusstoffe sind zwar nicht auszuschließen, aber durch einen hohen Zoll zu erschweren. Die Ernährungsverhältnisse der Kinder und Jugendlichen sind eingehend durch Schularzte usw. zu überwachen. Massenspeisungen sollen nur unabweisbaren Bedürfnissen dienen. Wo die Möglichkeit der Nahrungsmittelherstellung in der Familie besteht, verdient sie den Vorzug. Die Nahrungsmittelkontrolle bedarf des weiteren Ausbaues und ist zu verstaatlichen. Einrichtungen zum vertieften wissenschaftlichen und praktischen Studium der Ernährungsverhältnisse sind aus öffentlichen Mitteln zu schaffen oder zu unterstützen.

Als Korreferent spricht alsdann zu dieser Materie, insbesondere über die Körperpflege, Professor Dr. Seiter-Königsberg. Schon vor dem Kriege stand die Körperpflege nicht auf der erstrebenswerten Höhe. Der Schmachfrieden hat uns das wichtigste Erziehungs- und Stählungsmittel, den Militärdienst genommen. Zum Wiederaufbau müssen die Bestrebungen schon in der frühesten Kindheit einsetzen. Die Leibesübungen sind weiter auszubauen, Landaufenthalt und Ferienwanderungen zu ermöglichen; die Teilnahme an körperlichen Uebungen ist über das schulpflichtige Alter hinaus gesetzlich zu fordern und Mißbrauch von Alkohol, Tabak sowie geschlechtliche Ausschweifungen durchaus zu verhüten. Die geistige Arbeit der höheren Schüler darf nicht zur Vernachlässigung der körperlichen Uebungen führen; dasselbe gilt für die weibliche Jugend. Die Städte haben für die vorbezeichneten Gelegenheiten zu sorgen und sämtliche Lehrer in der Gesundheitslehre auszubilden. Wissenschaftliche Institute für Leibesübungen sind einzurichten. — Schließlich sprach noch Regierungsrat Dr. Kampffmeyer-Karlsruhe über die Frage: Wieweit kann das Wohnungswesen vergesellschaftet werden? Eine Lösung der ungeheuer wichtigen Wohnungs- und Mietfragen sieht der Redner in folgenden Grundsätzen: 1. Die Mieten sämtlicher Wohnungen werden unter Zugrundelegung der Mietshöhe vom 14. Juli 1914 und der Selbsteinschätzung zum Wehrbeitrag im Jahre 1913 festgesetzt. Eine Mieterhöhung ist nur insoweit dem Hausbesitzer zu gestatten, als seine Selbstkosten für Instandhaltung, Hypothekenzinsen, Steuern und dergl. nachweislich gestiegen sind; 2. von sämtlichen Miet- und Eigentümerwohnungen wird eine nach dem Mietwert und Wohnungsluxus abgestufte Umlage erhoben, die zur Gewährung von Mietzuschüssen bei neugebauten Wohnungen, zur Verbesserung bestehender Wohnungen, zu Mietnachlässen an kinderreiche Familien und zur allmählichen Ueberführung des privaten Hausbesitzes in das Eigentum der Selbstverwaltungskörper dient; 3. der städtische Miethausbesitz wird, soweit er dafür geeignet ist, in die Verwaltung oder das Eigentum von Selbstverwaltungskörpern überführt; 4. die Selbstverwaltungskörper erhalten ein Verkaufsrecht für alle Wohngebäude zu dem neu festgesetzten Ertragswert und für alles Siedlungsgelände zum wirtschaftlichen Nutzungswert, außerdem in gleicher Weise ein Eigentumsrecht für die Fälle, in denen der Hausbesitzer die zum Schutze der Mieter erlassenen Vorschriften übertritt oder in denen unbebautes Gelände für Siedlungszwecke benötigt wird; 5. als die geeignetste Organisationsform erscheint eine auf öffentlichem Recht beruhende Genossenschaft. In ihrer Verwaltung sollen mindestens die Hälfte der Mitglieder aus Verhältniswahlen der Mieter und Miethausbesitzer hervorgehen. Im übrigen sollen die politischen Gemeinden und das Baugewerbe eine angemessene Vertretung erhalten; 6. die Selbstverwaltungskörper umfassen die Gemeinden eines zusammenhängenden Wirtschaftsgebietes und haben im allgemeinen die Größe eines Amtshauptmannschaftsbezirks oder Kreises; 7. die Selbstverwaltungskörper von Provinzen oder von kleineren Bundesstaaten sind zu Verbänden zusammenzuschließen, die solche Aufgaben übernehmen, die die Leistungsfähigkeit eines Selbstverwaltungskörpers übersteigen. 8. B. Errichtung einer Hypothekenbank, Beschaffung von Baumaterial durch Betrieb von Ziegeleien, Kalkwerken, Sägewerken und dergl. Diese Selbstverwaltungskörper werden durch eine weitgehende Dezentralisation der Verwaltung die beteiligten Kreise der Wohnungsinhaber planmäßig zur Mitarbeit bei der Verbesserung der Wohnungsverhältnisse heranziehen. — Diese mit außerordentlichem Interesse aufgenommenen Ausführungen zogen eine lebhafte Aussprache nach sich. Hierauf fand die Tagung ihr Ende.

— Leipzig, 28. Oktober. (Ein zweites Oberlandesgericht.) Da Sachsen nur ein Oberlandesgericht in Dresden besitzt, besteht in Anwaltskreisen schon lange der Wunsch, nach einem zweiten Oberlandesgericht in Leipzig. Wie Amtsgerichtsrat Dr. Reinhardt-Leipzig Leipziger Blättern mitteilt, hat er einen darauf gerichteten Antrag des Leipziger Richtervereins eingehend beraündet, und die Angelegenheit nun von neuem an zuständiger Stelle zur Sprache gebracht. Die Teilung liegt im Interesse der Rechtspflege und des rechtsuchenden Publikums. Ein Mißstand ist es, daß die zahlreichen, aus dem großen Wirtschaftsgebiete Leipzig stammenden Prozeßsachen nicht in diesem selbst verhandelt werden können. In der Begründung wird weiter ausgeführt, daß seit 1870 trotz Verdoppelung der Bevölkerung für die Organisation der Justizbehörden fast nichts getan wurde. Die Schaffung eines neuen Oberlandesgerichts wird auch keine großen Kosten machen, da die erforderlichen Gebäude schon vorhanden sind und sich einrichten lassen. Sollte aber, wie dies auch als möglich angesehen wird, die Justizverwaltung künftig auf das Reich übergehen, so ist es schon zweckmäßiger, wenn Sachsen sich betzeiten selbst die gewünschten Verbesserungen verschafft. Besonders das neue Oberlandesgericht, wie auch die neuen Landgerichte würden in mancher Beziehung einen Ersatz für das bilden können, was sonst durch den Wegfall der eigenen Justizverwaltung verloren geht.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hansische Zeitung" gestattet.

Aktiengesellschaften

* **Nienburger Eisengießerei und Maschinenfabrik, Nienburg a. d. Saale.** (Drahtnachricht.) Die Generalversammlung genehmigte einstimmig die Vorschläge der Verwaltung und wählte Kommerzienrat Gebauer neu in den Aufsichtsrat. Ferner beschloß die Versammlung die Erhöhung des Aktienkapitals um vorläufig 185 000 Mark.

* **Ludwig Hupfeld Akt.-Ges. Böhlitz-Ehrenberg bei Leipzig.** Der Aufsichtsrat beschloß nach einem Telegramm unseres ss-Sondermitarbeiters, für das Geschäftsjahr 1918/19 nach reichlichen Rückstellungen die Verteilung einer Dividende von 20 (25) Prozent. Die Abschreibungen betrugen 212 894 (482 000) Mark, der Gewinnvortrag rund 437 000 (450 000) Mark. Die Rückstellung für Kriegsgewinnsteuer beträgt 750 000 Mark. Der demnächst stattfindenden Generalversammlung soll eine Kapitalserhöhung vorgeschlagen werden, über deren Höhe der Aufsichtsrat noch Beschluß fassen wird.

* **Vogtländische Maschinenfabrik (vorm. L. C. u. H. Dietrich) Akt.-Ges. Plauen i. Vogtl.** (Drahtbericht.) Nach Abschreibungen von 2 317 335 (2 053 786) Mk. ergibt sich zuzüglich Vortrag ein Reingewinn von 1 796 772 (3 568 912) Mk., woraus 10 (15) Proz. Dividende und je 100 Mk. Bonus in Kriegsanleihe (wie im Vorjahre) verteilt werden sollen. Bezüglich der Aussichten bemerkte die Verwaltung, daß das Unternehmen in allen Abteilungen mit sehr lohnenden Aufträgen versehen ist. Ob sich hier jedoch mit entsprechendem Nutzen realisieren werden, hängt weiterhin von der Entwicklung ab, die die Wirtschaftsverhältnisse nehmen.

— **Gothaer Waggonfabrik Akt.-Ges. in Gotha.** In der Generalversammlung widmete der Vorsitzende dem verstorbenen Mitglied des Aufsichtsrates Baurat Federsen und den im Felde Gefallenen Worte der Anerkennung und des Dankes. Die Tagesordnung wurde glatt erledigt, die turnusmäßig aus dem Aufsichtsrat ausscheidenden Herren Hermann Waller und Finanzrat Auer einstimmig wiedergewählt und die Dividende den Vorschlägen der Verwaltung entsprechend auf 15 Prozent festgesetzt. Im Anschluß an den Geschäftsbericht führte Herr Geheimrat Generaldirektor Kant aus, daß die Gesellschaft mit Aufträgen reichlich versehen sei, das Ergebnis werde aber vor der ganzen wirtschaftlichen Gestaltung der Verhältnisse abhängen.

Sachsenwerk Licht- und Kraft-A.-G. in Niederpoyritz. Die außerordentliche Hauptversammlung am 21. November, welcher der bekannte Antrag auf Kapitalerhöhung um 6 auf 15 Mill. Mark vorliegt, soll auch die Ermächtigung erteilen zu weiterer hypothekarischer Belastung des Grundbesitzes zwecks etwaiger späterer Aufnahme einer Obligationsanleihe.

Mitteldeutsche Verlags-Aktien-Gesellschaft, Erfurt. Die Gesellschaft beruft auf den 22. November eine außerordentliche Generalversammlung, die über eine Erhöhung des Aktienkapitals bis auf 1 Million Mark Beschluß fassen soll.

Kapitalserhöhung der Th. Goldschmidt Akt.-Ges. in Essen a. d. Ruhr. Der Aufsichtsrat beschloß, einer demnächst einzuberufenden außerordentlichen Hauptversammlung vorbehaltlich der behördlichen Genehmigung die Erhöhung des Grundkapitals von 17 auf 27 Mill. Mark vorzuschlagen durch Ausgabe von 5 Mill. Mark gewöhnlicher Aktien und 5 Mill. Mark Vorzugsaktien. Die gewöhnlichen, ab 1. Januar 1920 gewinnberechtigten Aktien sollen den alten Aktionären derart angeboten werden, daß auf je 3000 Mark alte Aktien eine neue Aktie von 1000 Mk. zum Bezugspreise von 225 Prozent bezogen werden kann. Die Vorzugsaktien, die mit einem auf 6 Prozent begrenzten Gewinnanteil und mit doppeltem Stimmrecht ausgestattet sind, sollen von einer der Verwaltung der nahestehenden Gruppe übernommen werden mit der Verpflichtung, diese Aktien zehn Jahre lang nicht zu veräußern. Zweck der Kapitalserhöhung ist Stärkung der Betriebsmittel, notwendig insbesondere zum Ankauf der zur vollen Wiederaufnahme der Arbeitsweise des Unternehmens erforderlichen ausländischen Rohstoffe. Durch die Schaffung von Vorzugsaktien mit doppeltem Stimmrecht soll unerwünschter ausländischer Einfluß ferngehalten werden.

Geldmarkt und Banken

Zur neuen Kapitelsteuerverordnung. Zur Vermeidung von Irrtümern ist darauf hinzuweisen, daß die durch die neue Verordnung vorgeschriebene Hinterlegung inländischer Effekten zum Zwecke der Kuponeinlösung nicht bloß bei Aktienbanken, sondern auch bei jeder Privatbankfirma erfolgen kann. Hinterlegt zu werden braucht ferner nicht das ganze Wertpapier, vielmehr genügt die Hinterlegung des Zins- und Gewinnanteilscheinbogens mit dem Erneuerungsschein. Der Kuponverkehr der Banken und Bankgeschäfte unterscheidet sich nicht durch die Vorschriften der Verordnung überhaupt nicht berührt.

Weitere Steigerung der ausländischen Zahlungsmittel. Infolge des Rückganges der deutschen Valuta im Auslande machte die Steigerung der ausländischen Zahlungsmittel in Berlin weitere Fortschritte. Im freien Verkehr waren englische Noten zu 127½ gesucht, französische Noten zu 341. Dollar-Noten zu 21½ Mark. Alte österreichische Kronenscheine waren mit 31½ gesucht.

Industrie, Handel, Handwerk

Metallzuschläge zu den Preisen für isolierte Drähte und Kabel. Infolge der starken Schwankungen auf dem Kupfer- und Aluminiummarkt ist es notwendig, in Zukunft zu den Preisen für isolierte Drähte und Kabel besondere Zuschläge zu erheben, und zwar zu Grundpreisen, die auf einheitlichen Preise für Kupferbarren usw., Aluminiumblock aufgebaut sind. Die für Drähte und Kabel in Frage kommenden Vereinigungen haben sich demgemäß bereit erklärt, mit der Preisstelle des Zentralverbandes der deutschen elektrischen Industrie möchentlich auf Grund der Marktpreise etwa vorliegender offizieller Notierungen den für die kommende Woche geltenden Aufschlag ausgedrückt in Zuschlägen Quadratmillimeter-Querschnitt und 1000 Meter Länge am Freitag festzusetzen. Für die Woche vom 26. Oktober bis 1. November beträgt der Kupferzuschlag 75 Mk., der Aluminiumzuschlag 24 Mark.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Nach der vorbergehenden Aufmärtsbewegung machtesich an der Börse heute ein Mangel der Käufe bemerkbar, und das Bestreben, Gewinnmitnahmen vorzunehmen, blieb nicht nur vereinzelt. Infolgedessen wann die Kursbewegung das Aufsehen der Angleichung. Feste Grundstimmung machte sich jedoch vielfach geltend. Besserungen erfuhren einige der wichtigsten Bergwerkspapiere, Gesenkirchen, Phönix, sowie ferner Petroleumwerte. Lebhafte Kauflust bestand. Schwach lagen durchweg Schiffahrtswerte; angeblich verstimmte für diese die bisher unerfüllte bliebene Erwartung der Aufhebung des Verbotes der Tonnagerung an das Ausland. Von Spezialpapieren erfuhr Zinkmetall eine auffallende Steigerung um 15 Prozent. Hamburg und Baltimore setzten niedriger ein, erholten sich aber bald. Das Geschäft wickelte sich in ruhigen Formen ab. Rubrikwerte neigten zur Abschwächung. Am Anlagemarkt nennenswerte ringfügige Abschwächungen gleichfalls zu bemerken. Ausländische Kronenrente gab stark nach. Russische Papiere lagen sich erheblich niedriger auf die ansteinenden Erfolge der Entschwaisten. Gegen Schluß entwickelte sich eine Aufwärtsbewegung in Schiffahrtsaktien auf das bisher unbestätigte Gerücht von Aufhebung der Blockade. Ferner stieg beträchtlich Bubiaß bis 290. Sonst blieb der Verkehr ruhig.

Produktenbörse. Am Produktenmarkt liegt das Geschäft still. Die dringende Nachfrage nach sofort lieferbarem Hafer fand keine Befriedigung. Für rollende Ware waren bis 2 ab Station zu erzielen. Für spätere Abladung zeigte sich Kauflust zurückhaltend. Hülsenfrüchte behaupteten wieder Haltung. Doch behaupteten Pferdebohnen infolge vermehrten Angebots nicht durchweg ihren höchsten Preisstand. Speisebohnen waren befestigt. Auch Rauhfutter war nicht billig zu haben.

Wetter: bewölkt.

Auslandsnotierungen:

Chicago, 27. Oktober. Weizen: Oktober —, Dez. 138.00, Dez. 129½, Mai 126.75. Schmalz: Oktober 24.15. Pork: Okob. 41.90, Januar 3 1.0. Nippen: Oktober 18.25, Januar 18.00. Hafer: Oktober —, Januar 71½. Mais: Januar 72½.

New-York, 27. Oktober. Winter- und Sommerweizen —. Mais: loto —,—. Mehl: 9.25—10.25. Schmalz: —,—. Zucker: Kaffee: —.

Auszahlungen.

Berlin, 28. Oktober.

	Geld	Brief		Geld
Holland	1159.—	1161.—	Oesterreich abgst.	26.35
Dänemark	644.50	645.75	Prag	—.—
Schweden	624.25	625.75	Ungarn	—.—
Norwegen	679.25	680.75	Spanien	—.—
Schweiz	844.50	845.50	Finnland	126.25
Oesterreich	27.95	28.05		

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte		Deutsch-Luxemburg	
4% Deutsche Schatzscheine VI–IX	79.20	Deutsche Ueberseer-El.	
5% Deutsche Reichsanl.	79.10	Deutsche Erdöl	
4 „ „	71.80	Deutsche Gasglühl.	
3½ „ „	66.50	Deutsche Kali	
3 „ „	64.75	Deutsche Waff. u. Mun.	
4 Preuss. Konsols	72.90	Donnersmarkhütte	
4% „ „	61.90	Döring u. Lehrmann	
4 „ „	79.25	Dürkoppwerke	
4 Charl. Stadtanl. 89/96	96.50	Elberfelder Farben	
4 Magdeb. Stadtanl. 91/96	93.75	Felten u. Guillaume	
4 Sächs. Neulandsch.-Pfandbriefe	—.—	Gasmotoren Deutz	
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	—.—	Gebhardt u. Co.	
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	—.—	Gebhardt u. König	
4% Dessauer Gas-Oblig.	—.—	Gelsenkirch. Bergb.	
4 „	—.—	Glanzstoffe Zuckerfbr.	
Ausländ. Werte		Hallesche Masch.-Fabr.	
4 Oesterr. Kron-Rente	21.75	Hann. Masch.	
4 Ungar. Gold-Rente	62.25	Harpener Berg	
4 Ungar. Kronen-Rente	32.40	Hasper Eisen	
Eisenbahn-Aktien:		Hirsch Kupfer	
Halberstadt-Blankenb.	85.00	Höchster Farbw.	
Halle-Kreiser	90.—	Hoesch Eisen u. Stahl	
Schantungbahn	24.5/8	Hohenlohe-Werke	
Allg. Lokal-Str.	145.—	Humboldt-Masch.	
Gr. Berl. Str.	123.—	Ilse-Bergbau	
Magdeburger Str.-B.	—.—	Kahla-Porzellan	
Lux. Prinz Heinrich-B.	36.—	Kalliw. Aschersleben	
Orientbahn	293.75	Körbisd. Zucker-Akt.	
Schiffahrts-Akt.:		Kyffhäuserhütte	
Hamburg Paketfahrt	123.—	Lahmeyer u. Co.	
Hamburg-Südamerika	222.—	Lauchhammer	
Hansa-Dampfschiff	240.—	Laurahütte	
Nordd. Lloyd	139.50	Linke u. Hofmann	
Banken:		Ludwig Loewe u. Co.	
Bank für Thür.	—.—	Lothringer Hütte	
Berl. Handelsges.	162.00	Mannesmannröhren	
Comm. u. Diskontobank	137.25	Maschinenfabr Buckau	
Darmstädter Bank	120.75	Oberschl. Eisenb. Bed.	
Dess. Landesbank	—.—	do. Caro Heg.	
Deutsche Bank	240.25	do. Kokswerke	
Diskonto-Comm.	177.50	Orenstein u. Koppel	
Dresdner Bank	150.25	Phönix-Bergb.	
Credit-Anst. Leipzig	142.7/8	Rhein. Metall-Vorz.	
Mitteld. Kreditbank	125.50	Rhein Stahlwerke	
„ Privat-Bank	125.50	Riebeck Montan	
Nationalbank	125.25	Rombacher Hütten	
Oesterr. Kredit	160.00	Rositzer Braunk.	
Reichsbank	154.—	Rositzer Zucker	
Industrie-Aktien:		Sangerhäuser Masch.	
Schultheiss-Brauerei	266.—	Hugo Schneider u. Co.	
Akt. f. Anilin	322.—	Schuckert u. Co.	
Allgem. Elektr.-Ges.	229.50	Siemens u. Halske	
Ammendorfer Papierf.	—.—	Stollberger Zinkh.	
Anhalter Kohlenw.	214.75	Stralsk. Spielkarten	
Aschersleben Steingut	224.00	Thale-Eisenhütte	
Badische Anilin	450.—	Triptis-Akt.-Ges.	
Bergmann-Elekt.-Akt.	184.50	Türkische Tabakregie	
Berl. Masch.-Bau	174.75	Ver. Köln-Rottweiler	
Bismarckhütte	268.—	Glanzstoff Elberf.	
Boehmer Gußstahl	224.—	Wegelin u. Hübner	
Chem. Fabrik Buckau	145.—	Werch.-Weissenf. Nrk.	
Chem Griesheim	268.—	Westeregeln-Alkali	
Chem. v. Heyden	261.—	Wittener Gußstahl	
Consolidation Schalke	235.—	Wurzn-Mälzerei	
Crollwitzer Papierfabr.	—.—	Zeitzer Masch.	
Daimler-Motoren	265.25	Zellstoff Waldhof	
		Otawi-Minen	

Tendenz: fest.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Bettcher.
Verantwortlich für politische Rundschau, Volkswirtschaft und Sport: Hans Bächler, für den übrigen Teil und den redaktionellen Teil: August Meyer.
Anzeigenteil: Hans Gräfen, sämtlich in Halle a. S.
Otto Hendel, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Bankhaus Paul Schauseil & Co., Halle a. S., Bitterfeld, Delitzsch, Eilenburg, Gräfenhainichen.
An- und Verkauf von Wertpapieren, Einlösung von Zinsscheinen, Verzinsung von Geldeinlagen, Conto-Correnten und Wechsel-Verkehr etc.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191910301-15/fragment/page=0004